

unruhestand

Ausgabe 1. Halbjahr 2025



Internationaler Frauentag

Zur schwarz-grünen Halbzeitbilanz

Die Tänzerin von Auschwitz

Wissenswertes zur Pflegeversicherung

gew-nrw.de

Über den Schwindel



Vor allem ältere Menschen leiden häufiger an Schwindelgefühlen, medizinisch auch als Schwankschwindel bekannt. Dieses Ereignis kann verschiedene Ursachen haben, hat allerdings weniger mit der gerade zu Ende gegangenen 5. Jahreszeit zu tun.

Es kann zu plötzlich auftretenden Stand- und Gangunsicherheiten führen oder zum Gefühl, der Boden werde einem unter den Füßen weggezogen. Es können sich Angstgefühle entwickeln, bis hin zum Gefühl einer existentiellen Bedrohung. Darum ist eine Ursachensuche wichtig.

Der Duden kennt aber noch weitere Bedeutungen: Umgangssprachlich wird der Begriff auch gebraucht, um „Lüge“ oder „Täuschung“ zu beschreiben.

In der Politik soll dieser Tatbestand gelegentlich zu beobachten sein. So hören wir z.B. Sätze wie:

„Es gibt keine Zusammenarbeit, es gibt keine Duldung...mit der AfD.“

„Es ist in der nahe liegenden Zukunft ausgeschlossen, dass wir die Schuldenbremse reformieren.“

Eine anderer, immer wiederholter Satz lautet: „Putin will nicht verhandeln.“

Die dazu passende Volksweisheit (bei Soziologen auch Alltagstheorie genannt) ist älter als die obigen Sätze: „Lügen haben kurze Beine.“ Oder ist das nur (m)eine verzweifelte Hoffnung?

Das alles soll im neuen Heft des „unruhestand“ keine Rolle spielen. Hier spiegelt sich einiges vom konkreten Leben wider, das Seniorinnen und Senioren in NRW führen und von Ereignissen, die sie bewegen.

Wohl angeregt vom 80.Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz steht die Auseinandersetzung mit dem „Nationalsozialismus“ im Mittelpunkt des Heftes.

- Oberhausener Ruheständlerinnen und Ruheständler besuchten die erschütternde Ausstellung „Die Tänzerin von Auschwitz“.

- Anlässlich der Verlegung von Stolpersteinen in Oberhausen erfahren wir vom Schicksal einer jüdischen Familie.

- Die Arbeit des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ schildert Ulrich Kemper aus Moers.

Der Bogen wird aber noch weiter gespannt:

Michael Schulte zieht eine ausführliche Zwischenbilanz der Tätigkeit der Landesregierung.

„Bretter, die alle tragen“ - Bernd Bretthauer-Aue beschreibt (seine) inklusive Theaterarbeit in Bielefeld.

Henner Michels blickt auf seine lange Vergangenheit in der GEW zurück.

Tanja Junkers berichtet vom Bundesausschuss der SeniorInnen.

Annegret Caspers gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte des Internationalen Frauentages.

Und – last but not least – erläutert Ute Lorenz „Wissenswertes zur Pflege. Dieses Thema bewegt inzwischen viele von uns und es gibt immer noch viele ungeklärte Fragen der Ruheständlerinnen und Ruheständler. Wir werden versuchen, weiterhin am Thema zu bleiben.

Franz Woestmann

Internationaler Frauentag

Machen, was nötig ist: Gleichstellung jetzt!

Der Internationale Frauentag, auch Weltfrauentag oder Frauentag genannt, wird jährlich am 8. März "gefeiert".

Er entstand vor dem Ersten Weltkrieg im Kampf um Gleichberechtigung, für das Wahlrecht für Frauen sowie für die Emanzipation von Arbeiterinnen.

Erstmals fand er am 19. März 1911 statt, wurde aber später auf den 8. März verlegt.

Von 1911-1933 forderten Frauen Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnabschläge, eine Senkung der Lebensmittelpreise und den legalen Schwangerschaftsabbruch.

Im nationalsozialistischen Deutschland wurde er verboten, stattdessen der Muttertag eingeführt. In dieser Zeit griffen mutige Frauen zu anderen Zeichen: Rote Gegenstände wurden an diesem Tag „gelüftet“ oder an Wäscheleinen gehängt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der sowjetischen Besatzungszone der Internationale Frauentag wieder eingeführt und in den volkseigenen Betrieben gebührend gefeiert.

In Westdeutschland veranstalteten Sozialdemokratinnen zwar wieder Frauentage, aber sie waren bedeutungslos.

Ende der 1960er Jahre gewann eine neue Frauenbewegung an Bedeutung und rückte den Frauentag in die Öffentlichkeit.

Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten veränderten sich die Aktionen zum Internationalen Frauentag erneut.

Im Jahr 2025 wird erneut zum Frauentag aufgerufen! Ein Versuch, die Öffentlichkeit für die Geschlechterungerechtigkeiten zu sensibilisieren. Nicht alle kennen diesen Tag und seine Bedeutung, auch wenn er mittlerweile in zwei Bundesländern ein Feiertag ist.

Auch im Jahr 2025 sind die Lebensbedingungen für Frauen in Deutschland verbesserungswürdig. Es vergeht kaum ein Tag, an dem Frauen getötet, angegriffen oder verbal bzw. sexuell belästigt werden.

Auch ihre Teilhabe am Arbeitsleben ist erheblich eingeschränkt: mangelnde Kinderbetreuung, die die Organisation von Familie und Berufstätigkeit erschwert, geringe Aufstiegschancen bei Teilzeit, nach wie vor schlechtere Bezahlung. Besonders Alleinerziehende sind von Armut bedroht.

Obwohl laut Gesetz Mann und Frau gleichberechtigt sind, sieht die Realität anders aus.

Gleiche Chancen für Frauen ist auch 2025 eine berechtigte Forderung!!

Annegret Caspers



Zur schwarz-grünen Halbzeitbilanz

Ernüchternd, sehr ernüchternd!

Die Koalitionsvereinbarung vom 23. Juni 2022 „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ begründete die Bildung der schwarz-grünen Regierung in NRW. Ende 2024 war Halbzeit der Wahlperiode. Zeit für eine Zwischenbilanz.

Fachkräftemangel

Dramatischer Fachkräftemangel bestimmt die Arbeit in Kindertageseinrichtungen und Schulen, Beschäftigte und Bildungsqualität leiden. In Kitas gibt es personelle Notmaßnahmen, Anwerbung von Erzieher*innen im Ausland und Eltern nervende Notbetreuung, an den Schulen Unterrichtsausfall bzw. Kürzungen der Stundentafel. Die Bemühungen der Landesregierung, hier wirksam Abhilfe zu schaffen, sind bislang gescheitert. Nehmen wir Schule als Beispiel.

Reaktion auf den Lehrermangel war das „Handlungskonzept Unterrichtsversorgung“ vom 14. Dezember 2022. Es stieß auf breite Kritik – im Zentrum dabei die Einschränkung sog. voraussetzungsloser Teilzeit, die (Kaskaden-) Abordnungen oder die Neuregelungen bei Rückkehr aus Beurlaubung.

War es erfolgreich? Anfang 2023 betrug die Zahl der nicht besetzten Lehrerstellen 9.260,60 (FM – 1. Januar 2023), Anfang 2025 waren es 7.815,68 (FM – 1. Januar 2025). Das Ministerium verweist in einer Erfolgsmeldung darauf, dass es 11.995 Neueinstellungen zwischen Dezember 2022 und Juli 2024 gegeben habe. Berücksichtigt man jedoch, dass davon 1.165 Seiteneinsteiger*innen, 1.786 Sozialpädagogische Fachkräfte in multiprofessionellen Teams und 1.537 Alltagshelfer*innen (erst möglich seit März 2023) waren, so relativiert das den scheinbaren Erfolg deutlich. Letztlich ist die Unterrichtsversorgung nicht besser geworden. Für 2023/24 gilt daher: Unterricht gemäß Stundenplan 77,5 %, Unterricht in anderer Form 6,2 %, Vertretung mit Lehrkraft in Präsenz 9,7 %, Distanzunterricht 0,4 %, Eigenverantwortliches Arbeiten 1,4 % und ersatzloser Unterrichtsausfall 4,8 %.

Zur Entkräftung der Kritik an der massiven Einschränkung der sog. voraussetzungslosen Teilzeit wurde – mindestens hinter vorgehaltener Hand – auf die sog. Teildienstfähigkeit verwiesen. Deren Zahl verdoppelte sich in der Laufzeit des Handlungskonzeptes fast von 558 (2022) auf 1.067 (2024). Schlimm.



Frühkindliche Bildung

Personalverordnung

Die Regierung fasste die „Personalverordnung“ für die Kitas am 27. November 2024 neu. Geregelt wird, dass „soweit dies erforderlich und geeignet ist, um den planmäßigen Betreuungsbetrieb aufrechtzuerhalten“, einem Träger gestattet werden kann, die Betreuung von 60 Kindern einer einzigen Fachkraft zu übertragen. Nicht akzeptabel.

KiBiz-Novelle - Gebührenfreiheit und Kita-Verpflegung

Da die Koalition den Zwang zum Sparen betont, bestehen Zweifel, dass diese Ankündigungen noch umgesetzt werden: „Wir werden auch das dritte Kita-Jahr vor der Einschulung in ganz Nordrhein-Westfalen beitragsfrei machen. Wir streben eine kostenfreie Verpflegung in Kitas an und werden Eltern schrittweise einkommensabhängig von Essensgeldern entlasten“ (Z. 2290 ff). Denn bislang gilt Fehlanzeige.

Schule

Die Koalition versprach Ruhe, Unterstützung und Entlastung: „Nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie brauchen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern Ruhe und Unterstützung und unsere Schulen zusätzlich Entlastung“ (Z. 2609 ff). Daher entschied sie sich – bei weitgehender Aufgabe ihrer schulpolitischen Reformvorstellungen durch die Grünen – dafür, die Probleme durch engere Vorgaben für schulisches Handeln, besseres Verwaltungshandeln und Prozessoptimierung zu lösen.

Ein Beispiel. Dorothee Feller betont stets, dass die Verbesserung der Basiskompetenzen höchste Priorität besitzt. An den Grundschulen sollen es enge Vorgaben für schulisches Handeln richten, eine verbindliche Lesezeit von 3 x 20 Minuten wurde verordnet, die AO GS und die Studentafel geändert sowie ein Internetangebot zur Verfügung gestellt. Bisherige schulische Konzepte zur Leseförderung werden nicht wertgeschätzt. Nimmt man hinzu, dass schwarz-grün ein Konzept für wirksame vorschulische Sprachstandfeststellung und verbindliche vorschulische Sprachförderung für alle Kinder, die sie benötigen, ebenso schuldig bleibt wie Konzepte zur Stärkung der Basiskompetenzen für die S I, werden die Grenzen des Ansatzes deutlich.

Schulstruktur

CDU und Grüne beziehen sich auf den Schulkonsens (aus 2011, verabredet bis 2023). „Um Chancengerechtigkeit zu schaffen, werden wir auf der Basis des Schulfriedens zu gezielten und nachhaltigen Verbesserungen in unserem vielfältigen Schulsystem kommen. Wir werden nach erfolgreicher Evaluation des Schulversuchs die PRIMUS-Schulen schulrechtlich absichern. Neue PRIMUS-Schulen bedürfen einer regionalen Abstimmung.“ Und: „Wir ermöglichen Hauptschulbildungsgänge ab Klasse 5 an Realschulen und ändern § 132c SchulG NRW“ (Z. 2618 ff und 2032 ff). Vorschläge für die Schulgesetzänderungen dazu sind minimal invasiv. Vor der abschließenden Evaluation des Schulversuchs gibt es für PRIMUS-Schulen Bestandsschutz, Neugründungen sollen nicht möglich sein. Die Bildung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen soll absolute Ausnahme sein. Es ist nicht gewollt, dass sie neben den derzeit häufig gewählten Gesamtschulen „aufnehmende Schulen“ bei Abschlüssen sind

Dazu passt, dass offenbar „vergessen“ wurde, dass „erzwungene Schulformwechsel (...) auf das pädagogisch notwendige Maß“ reduziert werden sollen (Z. 2628 f). Interessant, dass CDU und Grüne offenbar davon ausgehen, dass Abschlüsse (= erzwungene Schulformwechsel) derzeit nicht immer pädagogisch notwendig sind. Entscheidend aber ist, dass bei bereits zwei erfolgten Änderungen der APO S I hier nichts geschah.

Schulfinanzierung

Angekündigt wurde: „In gemeinsamer Verantwortung von Land und Trägern wollen wir mit den Kommunalen Spitzenverbänden die Schulfinanzierung für die Zukunft neu regeln“

(Z.3081 f). Hier geht es um mehr als die Trennung in innere und äußere Schulangelegenheiten. Es geht um die drei Ebenen Bund, Land und Kommunen, die neue Rolle der Schulträger und die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, um Ganzttag, Digitalisierung und die multiprofessionelle Schule. Das Land spielt auf Zeit, rechtswissenschaftliche Gutachten wurden beauftragt, ein finanzwissenschaftliches soll folgen. Dann ist die Legislatur zu Ende.

Rechtsanspruch auf Ganzttag

Fatal ist, dass diese Zusage gebrochen wurde. „Durch eine schulrechtliche Verankerung und im Rahmen eines Landesausführungsgesetzes stärken wir die Qualität des Ganztags. Sowohl im Bereich der frühkindlichen Bildung als auch im Bereich des schulischen Ganztags wollen wir eine Fachkräfte- und Qualitätsoffensive. Unser Ziel sind Mindeststandards für den Ganzttag in enger Abstimmung mit den Schul- und Jugendhilfeträgern“ (Z. 2964 f). Versprochen wurde also eine gesetzliche Grundlage für die Umsetzung des zentralen Politikversprechens „Recht auf schulischen Ganzttag in Grundschulen ab 2026“. Das Kabinett hat jedoch im Juli 2024 „nur“ den Erlass des Jugend- und Schulministeriums neu gefasst, der ab 2026 mit dem Rechtsanspruch in Kraft treten wird. Also keine gesetzlichen Standards mit Bindungswirkung. Angst vor der Konnexität.

Besoldung (A 13)

Diese Ankündigung war überfällig: „Wir werden die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 anheben, die Besoldung auch bei Bestandslehrkräften anpassen (...). Die Besoldung der Fachleitungen und Schulleitungen werden entsprechend angepasst.“ (Z. 2722 ff) Umgesetzt wurde es im Mai 2023. Aber nur die Eingangsbesoldung wurde angepasst, das Besoldungsgefüge blieb unverändert. Dass das Abstandsgebot nicht beachtet wird, ist rechtlich bedenklich, es wirkt demotivierend und wenig wertschätzend.

Ruhe im System

In Angriff genommen wurden seit 2022 z.B. eine Reform der Lehrerfortbildung, ein „neues“ Abitur, die Umsetzung des Startchancenprogramms oder die Überarbeitung des AO SF-Verfahrens. Neuerungen ja, aber im Grundsatz Ruhe im System.



Unbestritten ist, dass Schule in NRW in schlechtem Zustand ist. Die Qualitäts- und Gerechtigkeitsdefizite – regelmäßig belegt durch Schulleistungsstudien - sollen von überlastetem Personal in einem chronisch unterfinanzierten System ohne tiefgreifende Reformen behoben werden. Tabu sind z.B. die Schulstruktur, das System der Schulfinanzierung, der Ganztags bzw. die multiprofessionelle Schule, eine Reform der Schulaufsicht oder die Bildungsbremse – genannt „Schuldenbremse“. So wird es nicht reichen.

Hochschule

Derzeit wird ein „Hochschulstärkungsgesetz“ beraten. Relevant ist, welche Neuerungen sich für die Situation der Beschäftigten, Studium und Lehre sowie die Situation der Studierenden, für Partizipation und Demokratisierung, Inklusion und Diversität sowie Machtmissbrauch ergeben.

GEW-Fazit: „Im vorliegenden Referentenentwurf lassen sich in unterschiedlichen Zusammenhängen die gleichen Merkmale und Muster finden: Die Umsetzung von Änderungen und Neuerungen wird teils erhebliche personelle Ressourcen erfordern. Mit einigen Neuerungen betreten Hochschulen teils Neuland, das unter anderem von einer komplexen Rechtsmaterie gekennzeichnet ist. Und es sind diverse Neuregelungen vorgesehen, die aus gewerkschaftlicher Sicht besser konsequenter zu denken wären.“

Leider Fehlanzeige bei dieser Zusage: „Wir setzen uns dafür ein, dass studentische Hilfskräfte in den Tarifvertrag der Länder eingruppiert werden“ (Z. 3337 f).

Weiterbildung

Die Finanzierung der Gemeinwohlorientierten Weiterbildung zeigt beispielhaft die geringe Wertschätzung dieses Bildungsbereichs durch CDU und Grüne.

Zum 1. Januar 2022 wurde das WbG grundlegend novelliert und dazu eine Entschließung verabschiedet – mit den Stimmen von CDU und Grünen. Dort steht: „Der Landtag stellt fest, dass die seit 2018 geübte Praxis der Dynamisierung um 2 Prozent des Höchstförderbetrags der Einrichtungen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, auch darüber hinaus fortgeführt werden sollte.“ Daran knüpfen CDU und Grüne an. „Dafür (für Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der Gemeinwohlorientierten Weiterbildung) bedarf es einer an die Kostenentwicklungen angepassten Dynamisierung der Landesförderung. Wir werden den eingeschlagenen Weg der verbesserten Finanzierung der Gemeinwohlorientierten Weiterbildung konsequent weiterverfolgen.“ (Z 3178 ff) Versprochen – gebrochen. Im Erläuterungsband für den Haushalt 2025 ist zu lesen: „Die Dynamisierung wird ab 2025 von 2 auf 1 Prozent abgesenkt (Konsolidierungsbeitrag).“

Rück- und Ausblick

Dorothee Feller betont stets, dass die Behebung der Defizite im Schulsystem ein Marathon sei. Wie lang dauert ein solcher Marathon? 10 Jahre, 15 Jahre oder mehr? Betrachten wir die 20 Jahre seit 2005. Es war die Zeit, in der kürzere Schulzeit, zentrale Prüfungen und mehr Druck Antwort auf die schon damals dramatischen Ergebnisse von Schulleistungsstudien waren. Kinder, die 2005 geboren wurden, haben inzwischen ihre Schulzeit beendet. In den 20 Jahren seit 2005 dominierte die CDU. Sie war dreizehn Jahre Regierungspartei, stellte zwei Minister*innen, die Grünen (eine Ministerin) und die FDP (eine Ministerin) waren je zehn Jahre in der Regierung und die SPD regierte sieben Jahre (kein*e Minister*in) mit. Angesichts dessen und angesichts der Krise spricht viel für Demut und einen neuen Schulkonsens. Mit bescheidener Zielsetzung: Was halten wir gemeinsam für notwendig, damit in zehn Jahren alle Kinder und Jugendlichen die Mindeststandards erfüllen und wie organisieren wir Schule neu. Ein solcher Konsens kann gründen auf den Empfehlungen der Enquetekommission Chancengleichheit. Er muss darauf gründen, dass Bildungswende und Schuldenbremse nicht kompatibel sind.

Michael Schulte

Mentoren aus dem Ruhestand

Erinnern für die Zukunft

Mentoren im eigenen Leben gehabt zu haben, bedeutete für mich vor allem, Ordnung und Klarheit im Chaos gesellschaftspolitischer Herausforderungen bekommen zu haben.

Meine drei Mentoren – Dr. Ernst Schmidt in Essen, Aurel Billstein in Krefeld und mein Freund Dr. Bernhard Schmidt in Moers – so unterschiedlich sie auch von Generation und politischer Prägung waren, hatten etwas Gemeinsames: Sie alle stellten sich dem Auftrag, historisch-politische Aufklärungsarbeit und gegenwartsbezogene Vermittlungsarbeit zu leisten, um ein Wiederaufflammen nationalsozialistischer Verbrecherpolitik zu unterbinden. Dieses Bestreben stand auch Pate, als Bernhard und ich mit anderen im Jahre 1995 in Moers den Verein „Erinnern für die Zukunft“ gegründet haben. Die Erforschung der NS-Zeit vor Ort, Vermittlungsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Einladung ehemaliger Opfer des NS-Verbrechens, Juden und ehemalige Zwangsarbeiter an den Ort ihrer ehemaligen Erniedrigung und Deportation als humane Versöhnungsarbeit zu organisieren, waren unsere Gründungsmotive.

Seitdem haben wir eine Anzahl von kleineren Schriften und auch dickbändigen Publikationen veröffentlicht, Ausstellungen und Workshops initiiert, Schulbesuche abgestattet, Mahn- und Gedenkveranstaltungen durchgeführt, Stolpersteine verlegt, Stadtführungen vorgenommen, Demonstrationen gegen Demokratie- und Fremdenfeindlichkeit inhaltlich und praktisch mit vorbereitet und begleitet, über Jahre hinweg Opfergruppen nach Moers eingeladen und betreut und vieles andere mehr. Trotz aktueller Rechtsradikalisierung in unserer Gesellschaft können wir behaupten, im Sinne unseres Vereinszwecks positive Wirkungen entfaltet und notwendige Signale gesendet zu haben, wohlwissend, dass das Erreichte ständig aktualisiert und verteidigt werden muss.

Unsere facettenhaften Aktivitäten und Bemühungen finden bisher einen breiten zustimmenden Widerhall in der Moerser Zivilbevölkerung, bei einer Mehrheit der im Rat sitzenden politischen Parteien wie auch im Kreis Wesel.



Die Zusammenarbeit mit Institutionen und Vereinen wie den Schulen aller Schulformen, den Volkshochschulen, dem Grafschafter Museums- und Geschichtsverein, der Christlich-jüdischen Gesellschaft, dem Schlosstheater Moers, dem Jugendkulturzentrum „Bollwerk“, kirchlichen Organisationen und dem Verein „Neue Geschichte im Alten Landratsamt“ ist immer intensiv, konstruktiv und effektiv.

Heute ist der Verein mit seinen über 160 Mitgliedern eine bisher nicht mehr wegzudenkende Institution, sowohl regional wie überregional.

In unserem heutigen Domizil im Alten Landratsamt am Kastellplatz in Moers stehen uns ein Büro, ein Seminarraum und ein eigenes Archiv zur Verfügung. Auch der GEW-Kreisverband Wesel hat dort seine linksrheinische Zweigniederlassung.

Derzeit liegen die Schwerpunkte der Vereinsarbeit auf der Erarbeitung eines didaktischen Konzepts unserer gesammelten und archivierten Materialien für alle Schulformen, auf der Fortführung von Stolpersteinverlegungen und auf der Veröffentlichung unserer Forschungsergebnisse zu den NS-Euthanasieverbrechen im Altkreis Moers.

Laufende und neue Projekte sind dabei unsere ständigen Begleiter.

Denn wir wissen alle, auch die nachfolgenden Generationen brauchen ihre Mentoren vielleicht notwendiger denn je. Am besten arbeiten wir als Ruheständler deshalb gleich mit ihnen zusammen. Die Notwendigkeit zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten ist unübersehbar.

Ulrich Kemper

Die Tänzerin von Auschwitz

In Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz vor 80 Jahren besuchte die Ruhestandsgruppe der GEW-Oberhausen am Mittwoch, den 12. Februar, die **Wechseiausstellung „Die Tänzerin von Auschwitz“** im jüdischen Museum Dorsten.

Roosje Glaser, eine junge Tänzerin in den Niederlanden, leitete eine Tanzschule, bis sie von ihrem Mann verraten wurde und untertauchen musste. Später folgten die Inhaftierung und Deportation nach Auschwitz. Roosje hat Auschwitz und den Todesmarsch durchlitten und überlebt.

Die Ausstellung empfand ich einerseits als sehr bedrückend. So überlebte Roosje Glaser nur mit viel Glück und u. a. nur deshalb, weil sie die SS-Vorgesetzten in Auschwitz für sich gewann und mit ihnen abends nach getaner Arbeit tanzte, weshalb der Originaltitel der Ausstellung „Dansen met de Vijand“ lautet. Andererseits machte mir das Leben Roosje Glasers Mut, weil sie es mit ihrer Willenskraft schaffte, ihren Lebensmut selbst in den unmenschlichsten Situationen zu bewahren. Doch wie steht es um die Belastbarkeit der Menschen in Deutschland heute, wenn z. B. bereits die Schutzmaßnahmen einer Corona-Pandemie bei vielen Bürgern zu psychischen Schäden führen?

Zum Glück ist die NS-Herrschaft vorbei und dennoch beschlich mich bereits bei Ankunft in Dorsten beim Anblick des Polizeiwagens vor dem Museum ein klammes Gefühl. Dieses ungute Gefühl verstärkte sich noch, als ich – wie bei einer Polizeiwache - nach Klingeln erst Einlass in einen Sicherheitstrakt erhielt, bevor ich das Gebäude betreten durfte. Die NS-Herrschaft ist in Deutschland zwar von den Alliierten gewaltsam zerschlagen worden, aber das intolerante bis rassistische Denken hat leider überlebt und scheint sich wie ein Geschwür in unserer Gesellschaft auszubreiten.

Nach Verlassen des Museums musste ich erst einmal tief ausatmen. Die trockene, kühle Luft auf dem Weg in die Innenstadt half dabei, meine trüben Gedanken wegzublasen.

Der Café-Besuch mit Gedankenaustausch unter ähnlich Gesinnten tat nach dieser schweren Kost wohl allen ganz gut.

„Der beste Wein ist der, den wir mit Freunden trinken.“

Fotos und Text Carsten Nußbaumer



Kommentar

„Was tun?“ und „Womit beginnen?“

Diese Titel zweier Schriften von Wladimir Iljitsch Lenin passen natürlich immer, deshalb auch jetzt wieder in besonderem Maße.

Was soll man dazu noch schreiben? Auch wenn das Schlimmste ausbleiben scheint, ist das Ergebnis doch zum Verzweifeln. Wie einst der römische Staatsmann Marcus Porcius Cato vor Karthago hat die demokratische Zivilgesellschaft wiederholt vor der AfD gewarnt und doch ist sie die eigentliche „Gewinnerin“ der Bundestagswahl geworden. Auch in Duisburg und wohl leider auch in unseren Gewerkschaftsreihen findet sich immer größer werdende Zustimmung zu der Partei, die, wenn sie denn einmal an die Regierungsmacht kommen wird, die parlamentarische, rechtsstaatliche Grundordnung beseitigen wird. Wie schnell das gehen kann, können wir uns derzeit in den USA anschauen. Da wird einem in mehrfacher Sicht politisch schwindelig. Was muss eigentlich noch passieren?

Von einem Verbot der AfD spricht keiner mehr, außer dem für Verfassung und Menschenrechte engagierten Journalisten Heribert Prantl in seinen stets lesenswerten Kolumnen in der „Süddeutschen Zeitung“ bzw. in seiner „Die politische Wochenschau“. Als die AfD noch unbedeutend war, hatte

ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Erfolg, weil sie so unbedeutend war und jetzt? Ist sie schon zu mächtig, dass sich unsere parlamentarischen Gremien nicht mehr trauen? Natürlich ändert ein Parteienverbot nichts an der politischen Einstellung der Wähler*innen und Mitglieder der AfD, aber dass deren antidemokratische, völkisch-rassistische Propaganda noch mit Steuermitteln in erheblichem Umfang finanziert wird, ist unerträglich und muss gestoppt werden.

Die Gebote der Stunde sind ein ordentliches Verbotsverfahren vor dem BVerfG und eine Regierungskoalition, die sich nicht nur mit militärischer Aufrüstung und dem Abbau des Asylrechts befasst, sondern auch mit den Problemen der Bürger*innen in unserem Land: bezahlbare Mieten, Löhne, von denen man leben kann, bezahlbare Energiekosten, eine verlässliche und qualifizierte Betreuung, Erziehung und Bildung von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, eine intakte Infrastruktur mit dem Schwerpunkt auf dem ÖPNV. Dann hätte unsere parlamentarisch-demokratische Grundordnung noch eine Chance für 2029, wenn wir wieder zum Urnengang aufgefordert sind.

Fritz Junkers

Aus dem Bundessenioren Ausschuss (BSA) der GEW

Im BSA sitzen Vertreter*innen aller 16 Landesverbände und kooptierte Mitglieder anderer GEW-Bundesausschüsse, Vertreterin für NRW ist Annegret Caspers, Vorsitzende des Ausschusses für Ruheständler*innen.

Der BSA tagt mehrmals im Jahr, entweder in Präsenz oder digital, tauscht sich über die jeweiligen Aktivitäten der Landes-senior*innengruppen aus und bespricht relevante Themen.

Alle vier Jahre wählen die Mitglieder des BSA einen Vorstand. Im Februar standen Neuwahlen an, als Teamvorsitzende wurden Ute Wiesenäcker aus Niedersachsen und Tanja Junkers aus NRW gewählt.

Schwerpunkt der nächsten Monate wird die Verabschiedung unseres Leitantes 'Altersbilder der GEW' auf dem Bundesgewerkschaftstag in Berlin und dessen Umsetzung sein. An dem zugrundeliegenden Projekt haben sich viele 63+Mitglieder aus mehreren Bundesländern per Umfrage beteiligt, so auch viele aus NRW im letzten Jahr.

Das Wissen um die sehr vielfältigen Altersbilder ist für mögliche Angebote für Kolleg*innen im Übergang und in der nachberuflichen Phase unerlässlich, um diese Kolleg*innen und ihre Expertise an die GEW zu binden und ihnen verschiedene Möglichkeiten zur Mitarbeit zu eröffnen.

Tanja Junkers

Im Ruhestand inklusives Theaterspielen und es mit Shakespeare versuchen!

Bretter, die alle tragen

Bernd Bretthauer-Aue arbeitete viele Jahre als Lehrer an einer Gesamtschule in Ostwestfalen-Lippe. Als Rentner wollte er weiterhin mit Menschen zu tun haben, praktisch werden und intellektuell gefordert bleiben. Jetzt macht er beim inklusiven und intergenerativen Theater „Götterspeise“ in Bielefeld mit. Sein erstes Projekt ist die Rolle des Prospero in Shakespeares „Der Sturm“, ein Schauspiel, das auch in der gekürzten und vereinfachten Fassung die philosophische Lebensbilanz des Autors darstellt.

Die Mimik bleibt unbeweglich. Sein schwarzer Smoking macht was her. Größer, als du ihn sonst wahrnimmst, steht er vor dir. Hinter ihm die Hofschanzen. Don Alonso ist der König von Neapel, keine zwei Meter von dir entfernt wartet er jetzt auf sein Stichwort. Eigentlich hast du ihn schon lange dort, wo der Mann, der dir das angetan hat, hingehört – heimatlos und verwirrt irrt er auf deiner Insel umher. Er ist dir ausgeliefert und weiß das. Kühl kalkuliert, Zug um Zug hast du ihn in die Falle gezogen. Du bist Prospero, der Herrscher der Geister und dieser Szene, derjenige, auf den es ankommt. Das muss Alonso spüren und alle müssen es sehen. Also jetzt kein Stichwort für den König von Neapel, sondern die Distanz der Macht erhalten. Du gehst keinen Zentimeter auf ihn zu – sieh über ihn hinweg, als gäbe es ihn nicht. Hinter dir spürst du deinen Sklaven und Diener Ariel. Der Luftgeist ist aus der Kulisse gekommen. Auch ihn

Das inklusive Theater „Götterspeise“ hat seine Ursprünge in der Psychatriekritik der 1980er Jahre. „Götterspeise“ hat sich seitdem zu einem festen Bestandteil der Bielefelder und nordrheinwestfälischen inklusiven Theaterszene etabliert. Getragen wird das Theater vom „Forum für Kreativität und Kunst“ in Bielefeld. Die zwei verantwortlichen Regisseure für „Der Sturm“ sind Diemut Dönninghaus und Martin Neumann. Diemut Dönninghaus vereinfachte das Stück aus dem Jahr 1611 sprachlich und verschlankte die Handlung. „Götterspeise“ ist ein Tourneetheater, das an vielen Orten in NRW auftritt. Einmal im Jahr spielt das Ensemble beim integrativen Theater-, Tanz- und Musikfestival „Inclusiv“ in Essen.



Bielefelder Kulturgala 2024: Prospero mit Zauberfibel auf der großen Bühne des Stadttheaters

beachtest du nicht, er gehört zu den Marionetten in deiner Hand. Das Schweigen auf der Bühne arbeitet, wird beinahe physisch spürbar. Die Stille wirkt für dich, dem Magier des Eilands und der bösen Geister, die dort wohnen. Alles wartet – Schauspieler, Beleuchtung, Technik und das Publikum. Der Saal ist ausverkauft. Du setzt das Getriebe auf der Bühne wieder in Gang. Don Alonso bekommt die Sicherheit, dass es mit ihm auf dieser Erde weitergeht, er nicht seinem Wahn erlegen ist. Du wirst Mensch und begegnest ihm leibhaftig. „Ja, ich bin es Prospero, der einstige Herrscher von Mailand, dem Unrecht geschah. Und zum Beweis, dass ein lebendiger Fürst zu euch spricht, werde ich euch umarmen“.

Prospero, der Herr der Insel, das ist jenseits der Bühne Bernd Bretthauer-Aue und er stand noch vor zwei Jahren auf den Brettern der Gesamtschule Aspe in Bad Salzuflen. Der König von Neapel heißt außerhalb der Kunst Harald. Harald kennt sich wunderbar in der Welt des Tennis und des Reitsports, der Automobile und überhaupt in jedem Tratsch und Knatsch aus. Für die Schauspieler brüht er vor der Probe den Kaffee und ist dabei das Gegenteil des schweigenden Königs von Neapel.



Die Bremer Stadtmusikanten: Die neue Produktion um das Thema Aufbruch-Vertreibung-Ankommen ist bewegungsintensiv und musisch angelegt

Die Gründerväter Bethels wählten für die Gebäude und Einrichtungen der Anstalt gerne biblische Ortsbezeichnungen. Der Festsaal „Thekoa“ ist die Heimat des Theaters „Götterspeise“. Die Werkstatt am Bullerbach kommt in der Namensgebung ohne biblischen Bezug aus. Mit ihren behindertengerechten Arbeitsplätzen liegt sie nicht weit entfernt und ist der normale Arbeitsplatz der meisten Schauspielerinnen und Schauspieler, es sei denn, sie sind bei den Proben dabei und spielen für das Theater.

In Thekoa ist die Zeit stehen geblieben, die nicht mehr genutzte Großküchen atmet noch den Geist der 60er Jahre und wäre die ideale Kulisse für jede Medienproduktion um Heim und den Missbrauch von Macht. Im eigentlichen Saal probt das Ensemble. Da sitze ich nun mittendrin. Auch ich berichte im Stuhlkreis vom Verlauf meines Wochenendes, mache Stimmübungen vom großen A zum hohen I, Schauspielern und Probe Stunde für Stunde, jeweils für einen ganzen Tag, von 9.00 bis 15.00 Uhr. Das Setting und die wiederkehrenden Abläufe sind mir aus dem pädagogischen Alltag der Schule auf eine entfernte Art vertraut. Wenn plötzlich die Tränen fließen, weil eine böse Erinnerung wieder da ist oder ein Schwindelanfall die Proben unterbricht ist, könnte das auch bei der Arbeit mit jungen Menschen in der Schule geschehen. Meine Perspektive ist allerdings eine andere geworden. „Wer noch einmal zur Toilette muss, der geht jetzt!“, „Schaltet euer Handy aus!“, „Esst nicht zu viel, sonst seid ihr bei der Probe müde!“ Diese Appelle und Ermahnungen gelten jetzt auch mir, ebenso wie den anderen zwölf Schauspielerinnen und Schauspielern, die solche Verhaltensvorstellungen allerdings in der Regel in Ruhe abwettern. Ich fühle mich wohl in dieser neuen Rolle. Bei „Götterspeise“ trage ich nicht die Verantwortung und das empfinde ich als entspannend und wohltuend. Ich bin nicht mehr der fordernde Agens, als Patiens lebt es sich entspannt und ausgeglichen. Ich bin im Flow der Zeit angekommen. Prospero und ich, das verschmilzt in den Proben manchmal zu einer Person.

Die Ensemblemitglieder, die in den therapeutischen Werkstätten beschäftigt sind, kommen gerne. Das liegt daran, dass sie für diese Zeit von der Arbeit freigestellt sind. Das liegt aber auch daran, dass sie begeisterte Schauspielerinnen und Schauspieler sind. Einige sind schon 20 Jahre im Projekt. Ginge es nach ihnen, müsste der Schlussapplaus eigentlich nie aufhören, Verbeugungen vor einem begeisterten Publikum könnte es für sie unendlich viele geben. Die Bühne macht alle hier selbstbewusst und stark und das zeigen sie. Der große englische Dichter betrachtet so „Im Sturm“ nicht nur die existenziellen Fragen der menschlichen Existenz, sondern bringt auch verschiedenste Menschen mit dem, was sie individuell können und mögen, zusammen.

Auch ich bin dabei und ein Stück von dem Ganzen. Tue alles für die Wärme der Scheinwerfer, das begeisterte Trommeln der Füße der Zuschauer auf dem Hallenboden und den großen Applaus. Ich bin angekommen in einem Theater, in dem es auf Spielfreude, Fantasie, Witz und Toleranz ankommt und an dessen Ende keine Zeugniskonferenz und große Ferien stehen.

Bernd Bretthauer-Aue

Mit großer Leidenschaft: Person und Rolle gehen im Spiel ineinander über – Caliban, ein böser Geist

Copyright bei allen Bildern Stiftung Bethel



Stolpersteine Stöckmannstraße 58

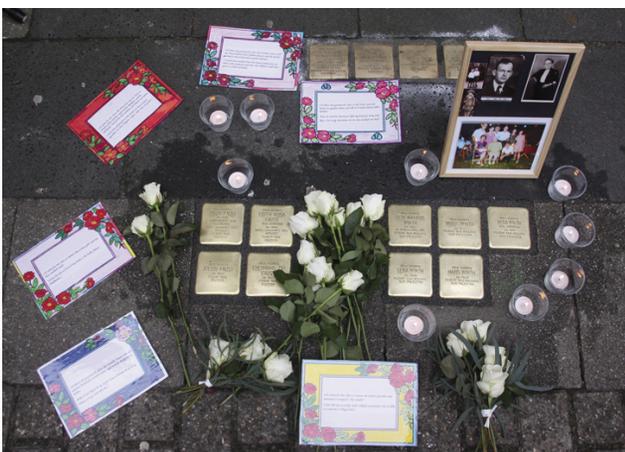


Höchst bewegend war die Verlegung der Stolpersteine am 4. Februar 2025 für die jüdische Familie Faust in Oberhausen. Die intensive Zusammenarbeit der GEW-Stolpersteingruppe mit der Gedenkhalle Oberhausen und dem Courage Club der Brüder-Grimm-Schule ermöglichte eine umfassende Darstellung der Familiengeschichte unter der Herrschaft des Nationalsozialismus.

Jakob Faust (geb.1895) und seine Frau Ester Rosa (geb. 1901) führten in der Stöckmannstraße 58 ein Möbelhaus. Vorher wohnten sie in Gladbeck und betrieben dort in der Rentforter Straße ein Möbelhaus mit Mendel Friedmann. Der Boykott jüdischer Geschäfte 1933 zwang die Familie zu

einem neuen Anfang in Oberhausen. Die beiden Söhne Julius (geb. 1921) und Eberhard (geb. 1924) konnten zunächst das Städtische Realgymnasium bzw. die Volksschule besuchen. Durch den Druck der Ermächtigungsgesetze der Nationalsozialisten konnten sie ihre Ausbildung dort nicht fortsetzen und besuchten jüdische Schulen in Essen und Oberhausen. In der Reichspogromnacht 1938 wurden das Geschäft und das Wohnhaus in der Stöckmannstraße zerstört und geplündert. Jakob Faust wurde verhaftet und kam ins KZ Dachau.

Nach seiner Entlassung beschloss die Familie auszuwandern. Das Haus musste unter Wert verkauft werden. Durch die Hilfe von Freunden und Verwandten konnte die Familie 1939 über Amsterdam nach Bolivien und 1944 nach Argentinien fliehen. In Buenos Aires gelang die Eröffnung eines Möbelgeschäftes unter schwersten Bedingungen. Jakob starb 1980, Ester Rosa 1988 in Buenos Aires. Eberhard ging mit seiner Frau Chava Kornfeld 1984 nach Israel und gründete den Kibbuz Ga'ash. Er starb 2017. Sein Bruder Julius heiratete Lusia Blejwas und wanderte 2002 nach Israel aus. Er starb 2020.



Die Stille war überwältigend, als die Urenkelin Shaked Faust diese bewegende Familiengeschichte an der Seite ihrer Mutter Miriam Faust, die aus Israel angereist war, vortrug.

Mit Hilfe von Claudia Stein (Gedenkhalle Oberhausen) konnten Angehörige der Familie Faust ermittelt werden. Beide Frauen waren sofort bereit, an der Stolpersteinverlegung teilzunehmen.

Die Teilnehmenden waren sehr bewegt, besonders als die Kinder zum Abschluss der Zeremonie Wünsche für die Zukunft in Deutsch und ihren Muttersprachen vortrugen. Das Niederlegen von Kerzen und Blumen dazu ging Hand in Hand mit der Stolpersteingruppe.

Im Anschluss an die Zeremonie gab es Gelegenheit für alle, beim gemeinsamen Mittagessen persönliche und intensive Gespräche mit den Angehörigen zu führen. Alle waren dankbar für diese besondere Atmosphäre und tiefe Sympathie, die durch die Erinnerungsarbeit entstanden war und uns mit dem Schicksal der Familie in Zukunft verbindet.

Anke Haun

Fotos: Carsten Nußbaumer



Ein Senior erinnert sich

Ich bin in der GEW, weil...

mein Großvater im Erzbergbau schon vor über hundert Jahren die Erfahrung machte, dass man alleine im Arbeitsleben sehr wenig erreichen kann. Er brachte uns Enkel*innen bei, dass nur im solidarischen Zusammenstehen und -arbeiten Interessen effektiv vertreten und Gutes bewirkt werden kann.

In der GEW fand ich als „Bildungsaufsteiger“ der 70er Jahre diese Gemeinschaft, der ich nun seit einem halben Jahrhundert angehöre. Die GEW stand im Auf und Ab der Bildungspolitik immer klar auf Seiten der Beschäftigten und kämpfte innovativ und ideenreich für eine fortschrittliche Bildungslandschaft und bessere Arbeitsbedingungen. Da gibt es wahrlich noch viel zu tun. Auch als Pensionär kann und sollte man im Rahmen seiner Möglichkeiten mitmachen – ohne Arbeitsdruck – aus Solidarität und auch aus Freude!

Henner Höcker



Absicherung von Beamt*innen für den Pflegefall – Teil 1

Jeder Mensch möchte solange wie möglich in seinen eigenen vier Wänden oder im Kreise seiner Angehörigen wohnen. Im Alter kann dieses mit Schwierigkeiten verbunden sein, so dass Hilfeleistungen durch die Familie, die Nachbarn oder auch durch soziale Dienste in Anspruch genommen werden müssen. Zu den Kosten, die sich aus einer Pflegebedürftigkeit ergeben, werden in der Regel Beihilfen und Leistungen aus der Pflegeversicherung gezahlt.

Ob Polizistin, Lehrer*innen oder Richter*in: Für Beamte und Beamtinnen in Deutschland ist eine Pflegeversicherung verpflichtend. Die Mehrzahl der verbeamteten Personen ist privat krankenversichert und folglich über die private Pflegepflichtversicherung (PPV) versichert. Die private Pflegeversicherung übernimmt Leistungen und Kosten als Träger. Gesetzlich krankenversicherte Beamte und Beamtinnen sind in der sozialen Pflegeversicherung (SPV) versichert: Träger sind die gesetzlichen Pflegekassen. Die monatlichen Beiträge für die jeweiligen Pflichtversicherungen bemessen sich nach Eintrittsalter in der PPV oder nach Bruttoeinkommen in der SPV.

Also: Beihilfe gemäß Beihilfesatz + Versicherungsanteil = Volle Pflegeleistung

Was heißt pflegebedürftig?

Pflegebedürftig sind Personen, die gesundheitlich bedingte Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkeiten aufweisen und deshalb der Hilfe durch Andere bedürfen.

Es muss sich um Personen handeln, die körperliche, kognitive oder psychische Beeinträchtigungen oder gesundheitlich bedingte Belastungen oder Anforderungen nicht selbständig kompensieren oder bewältigen können.

Dauernde Pflegebedürftigkeit liegt vor, wenn Personen wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens 6 Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen.

Maßgeblich für das Vorliegen von gesundheitlich bedingten Beeinträchtigungen der Selbständigkeit oder der Fähigkei-



Abbildung: AdobeStock

ten sind die in den folgenden sechs Bereichen genannten pflegfachlich begründeten Kriterien:

1. Mobilität (z. B. Positionswechsel im Bett, Treppensteigen),
2. kognitive und kommunikative Fähigkeiten (z. B. Erkennen von Personen aus dem näheren Umfeld, örtliche Orientierung, zeitliche Orientierung),
3. Verhaltensweisen und psychische Problemlagen (z. B. motorisch geprägte Verhaltensauffälligkeiten, nächtliche Unruhe, selbstschädigendes und autoaggressives Verhalten),
4. Selbstversorgung (z. B. Waschen des vorderen Oberkörpers, Körperpflege im Bereich des Kopfes, An- und Auskleiden des Oberkörpers, mundgerechtes Zubereiten der Nahrung und Eingießen von Getränken),
5. Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen in Bezug auf:
 - ◆ Medikation, Injektionen, Messung und Deutung von Körperzuständen, körpernahe Hilfsmittel,
 - ◆ Verbandswechsel und Wundversorgung, Stomaver-sorgung,

- ◆ zeit- und technikintensive Maßnahmen in häuslicher Umgebung, Arztbesuche, Besuche anderer medizinischer o. therapeutischer Einrichtungen,
 - ◆ das Einhalten einer Diät oder anderer krankheits- oder therapiebedingter Verhaltensvorschriften,
6. Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte: Gestaltung des Tagesablaufs und Anpassung an Veränderungen, Ruhen und Schlafen.

Wie wird die Pflegebedürftigkeit festgestellt?

Nach den Bestimmungen des Pflegeversicherungsgesetzes ist eine Zuordnung der pflegebedürftigen Person in einen der Pflegegrade 1 bis 5 erforderlich. Der Medizinische Dienst (MDK) der sozialen Pflegeversicherung oder Medicproof bei der privaten Pflegeversicherung stellen die Pflegebedürftigkeit und deren Umfang (Pflegegrad) fest. Das Gutachten des MDK/Medicproof ist auch maßgebend für die Entscheidung, ob und ggf. in welchem Umfang Beihilfe im Pflegefall gezahlt werden kann.

Das bedeutet, dass Pflegeleistungen und die Feststellung der Pflegebedürftigkeit immer zuerst bei der Pflegekasse bzw. bei dem privaten Pflegeversicherungsunternehmen beantragt werden müssen. Sobald dieser Bescheid der Beihilfestelle vorliegt, kann hinsichtlich der Beihilfezahlung zu den Pflegeaufwendungen entschieden werden.

Beispiel: vollstationäre Pflege

Wenn die häusliche Pflege nicht mehr ausreicht, wird es unter Umständen notwendig, im Rahmen der vollstationären Pflege einen Platz in einem Pflegeheim zu belegen. Die vollstationäre Pflege umfasst das Heimentgelt für die vollstationäre Pflegeleistung, für medizinische Behandlungspflege und soziale Betreuung.

Pflegegrad	Leistung / Monat	
	01.01.2024	01.01.2025
1	125 EUR	131 EUR
2	770 EUR	805 EUR
3	1.262 EUR	1.319 EUR
4	1.775 EUR	1.855 EUR
5	2.005 EUR	2.096 EUR

Pflegegrade/Leistungen bei häuslicher Pflege und vollstationäre Pflege/ Leistungen in Teil 2 der kommenden Ausgabe der „unruhestand“



Abbildung: AdobeStock

Links:

www.finanzeverwaltung.nrw.de/dienststellen/landesamt-fur-besoldung-und-versorgung-nrw/allgemeines-zum-thema-pflege

www.finanzeverwaltung.nrw.de/sites/default/files/asset/document/pflegeinfovortrag_stand-04-2014.pdf

www.finanzeverwaltung.nrw.de/dienststellen/landesamt-fur-besoldung-und-versorgung-nrw/haeusliche-pflege

www.finanzeverwaltung.nrw.de/dienststellen/landesamt-fur-besoldung-und-versorgung-nrw/vollstationaere-pflege

Ute Lorenz

Impressum:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Landesverband Nordrhein-Westfalen, Nünningstraße 11, 45141 Essen
 Ausschuss für Ruheständler*innen: Annegret Caspers, annegret.caspers@gew-nrw.de,
 Franz Woestmann, franz-josef.woestmann@gew-nrw.de
 Redaktion: Fritz Junkers (f.junkers@gmx.de), Tanja Junkers, Franz Woestmann
 Ausgabe 1/2025, 5. Jahrgang, April 2025, Auflage 11.000
 Gestaltung: artsmeetgraphik, Mülheim/Ruhr
 Druck: basisdruck GmbH, Duisburg, basis-druck.de
 Vertrieb: NDS Verlag, Essen, office@nds-verlag.de

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW NRW oder der Redaktion übereinstimmen.

Die Zeitung „unruhestand“ erhalten alle Mitglieder der GEW NRW ab 63 Jahre als Beilage zur „lautstark.-Dein MitgliederMagazin“ kostenlos.

Die nächste „unruhestand“ Ausgabe 2. Halbjahr 2025 erscheint mit der lautstark. 5/2025 am 21.11.2025

MACH DICH STARK

MIT UNS **DGB**

**1. Mai
2025**



**Am 1. Mai sprechen auf den
jeweiligen Kundgebungen**

- in Münster die Landesvorsitzende
der GEW Ayla Celik
- in Neuss die stellvertretende
Landesvorsitzende der GEW
Caroline Lensing
- in Detmold der stellvertretende
Landesvorsitzende der GEW
Stephan Osterhage-Klingler

**Heraus zum
1. Mai!
Nehmt teil!**

*Am Ersten Mai
Gehn Vater und Mutter in einer Reih
Kämpfen für ein bessres Leben.
Fron und Armut darf's nicht geben:
Da sind wir auch dabei.*

*Grün sind die Zweige
Die Fahne ist rot.
Nur der Feige
Duldet Not.*

*'s ist Monat Mai.
Im Acker die Hälmmchen stehn Reih an Reih.
Gute Ernte – gutes Leben!
Lasset uns die Hand drauf geben
Dass es die unsere sei.*

*Grün sind die Fluren
Die Fahne ist rot.
Unser die Arbeit
Unser das Brot!"*

Bert Brecht

**GEW
NRW.**